

Basler SP-Nationalrat fordert: Schutzstatus S, bis die Lehre beendet ist

Vorstoss von Mustafa Atici Während die Linke die Idee unterstützt, sind Bürgerliche und der Schweizer Arbeitgeberverband skeptisch.

Mustafa Atici, Basler SP-Nationalrat, hat zuletzt ziemlich geweibelt bei seinen Kollegen im Bundeshaus – und damit durchaus Erfolg gehabt. Eine Motion hat das Ziel, dass ausländische Absolventen «der höheren Berufsbildung (Tertiär B) wie jene mit Schweizer Hochschulabschluss (Tertiär A) in Branchen mit ausgewiesenem Fachkräftemangel einfach und unbürokratisch in der Schweiz bleiben können, um hier zu arbeiten». Diesen Vorstoss haben Nationalräte von links bis rechts, von den Grünen bis zur SVP, mitunterzeichnet.

Interessant klingt auch eine andere Motion. Atici beauftragt darin den Bundesrat unter anderem, dass alle Lehrlinge, die zurzeit dank dem Schutzstatus S ihre Ausbildung absolvieren, diese auch beenden können – auch wenn der Schutzstatus S aufgehoben werden sollte. Zum Beispiel junge Ukrainer, sollte in ihrem Heimatland wieder Frieden einkehren.

Investition ins Herkunftsland

Atici begründet seinen Vorstoss nicht nur aus bildungspolitischer Warte, sondern auch aus wirtschaftlicher. Wer in der Schweiz erfolgreich eine Berufslehre abgeschlossen habe, steigere damit seine Vermittlungsfähigkeit in der Schweiz und in der Ukraine – «nicht zuletzt auch bei dort

angesiedelten Schweizer Betrieben». Atici rechnet vor, dass die Schweiz im Jahr 2020 mit 3,1 Milliarden US-Dollar der drittgrösste Investor in der Ukraine gewesen sei. Und er sagt: «Eine solide Bildung erhöht die internationale Mobilität, trägt zur Rückkehrfähigkeit bei und ist eine vorgezogene Rückkehrhilfe und Investition in die Zukunft des Herkunftslandes.»

Zudem sieht er sich von einer aktuellen Umfrage im Auftrag des Schweizerischen Arbeitgeberverbandes (SAV) bestätigt, die tat-

sächlich besagt: Fast zwei Drittel aller befragten Unternehmen wünschen sich eine Verlängerung des Aufenthaltsrechts für Personen mit Schutzstatus S für die Dauer der Anstellung.

Als Bevorzugung kritisiert

Klingt alles gut, allerdings nimmt die Geschichte hier eine Wendung. Der Schweizerische Arbeitgeberverband (SAV) teilt zwar Aticis Ansicht, dass Planungssicherheit bezüglich der Verbleibdauer in der Schweiz vor dem Hintergrund der Aufnahme einer

Person mit Status S in eine Ausbildung relevant sein kann. Aber: Das wars dann auch schon.

Man ist beim Wirtschaftsverband nämlich der Meinung, dass Aticis Vorschlag nach Ansicht der Arbeitgeber der falsche Ansatz ist, die Regelung des Schutzstatus S nach dem Kriterium der Beendigung einer Aus- oder Weiterbildung auszurichten. Denn dadurch würde man eine Situation schaffen, «in der man Personen aus der Ukraine gegenüber Personen aus anderen Drittstaaten, die in einer ähnlichen Situa-

tion sind, bevorzugt». Dies würde gemäss SAV neue Unsicherheiten in Bezug auf die bestehenden gesetzlichen Grundlagen für die Zuwanderung von Arbeitskräften schaffen, «die es unbedingt zu vermeiden gilt».

Es liegt wohl auch daran, dass Atici bei dieser Motion keine Unterstützung von den Bürgerlichen erhält (sondern nur von Grünen, SP und GLP). Die Bedenken des Berner FDP-Nationalrats Christian Wasserfallen gehen in eine ganz ähnliche Richtung – und dürfte die bürgerliche Absenz bei

den Mitunterzeichnern begründen. Gemäss seinen Informationen sind die Unternehmen mit der Arbeit der ukrainischen Flüchtlinge ebenfalls zufrieden, aber er sagt auch: «Die Verlängerung des Schutzstatus S je nachdem, ob eine Person eine Anstellung hat oder nicht, erachte ich als problematisch. So wird der Schutzstatus S von einer asylpolitischen zu einer arbeitsrechtlichen Massnahme umgestaltet, was nicht zielführend ist.» In Zukunft brauche man den Status S vielleicht für weitere Flüchtlinge aus anderen Regionen dieser Welt – «und für alle sollen die gleichen Spielregeln gelten».

Zwei Alternativen

Wasserfallen hält zwei andere Optionen für zielführender: Erstens eine bessere Vermittlung der ukrainischen Flüchtlinge im Schweizer Arbeitsmarkt, «damit Firmen, die Leute suchen, auch an diese Personen gelangen können – und umgekehrt».

Und zweitens kann er sich vorstellen, dass eine generelle Verlängerung des Status S für alle ukrainischen Flüchtlinge ohne Betrachtung des Arbeitsmarktes vernünftiger wäre: «So können auch jene, die hier arbeiten, weiterhin auf dem Arbeitsmarkt tätig sein.»



Hat ziemlich geweibelt bei seinen Kollegen im Bundeshaus – und damit durchaus Erfolg gehabt: Bildungspolitiker Mustafa Atici. Foto: Kostas Maros

Sebastian Briellmann